

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 58 (1966)
Heft: 1

Artikel: Das innenpolitische Fazit der ersten zwei Jahre der Regierung Johnson
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

(ohne vorherige Befragung und Einwilligung der Organisation Amerikanischer Staaten) kritisiert und hat vor allem in einer aufsehen-erregenden Senatsrede am 23. Juni 1965 (und seither wieder) vor einer Ausbreitung der nunmehr weniger kostspieligen Atomwaffen als der drohendsten Weltgefahr, dem dringendsten Weltproblem gewarnt, die Unterbindung auch der unterirdischen Atomversuche verlangt, eine gemischte NATO-Atomstreitkraft als ein für die Sowjetunion unannehmbares Hindernis in den Bemühungen um einen Vertrag gegen die Ausbreitung der atomaren Rüstungen abgelehnt und eine Einbeziehung des kommunistischen Chinas in die Verhandlungen als schließlich unerlässlich bezeichnet. Robert F. Kennedy hat eine Einladung nach Südamerika angenommen, wo man über Johnsons Aufgeben von Kennedys verständnisvoller, freiheitlicher, lateinamerikanischer Politik enttäuscht ist, und eine weitere, durch die er in offenem Protest gegen die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung in Südafrika zu einer rassistisch gemischten freiheitlichen Organisation sprechen wird. Robert F. Kennedy und sein Bruder Edward weisen offensichtlich den Weg zur Fortführung von John F. Kennedys Werk, auch zum Beispiel in der Hilfe für zurückgebliebene Kinder, für deren Nöte und vielfach mögliche Ausbildung sie der Nation die Augen öffnen.

Ein venezolanischer Sozialist, ein kompromißloser Gegner der USA-Außenpolitik, meinte, als wir von John F. Kennedy sprachen: «Er war ein Genie ...» Präsident Kennedy flößte auch Menschen, die in manchen Fragen ganz anders dachten, Hochachtung, ja Sympathie ein, sofern sie ein Empfinden für Größe hatten, so dem ehrwürdigen General Douglas MacArthur. Und die amerikanische Arbeiterschaft begrüßt es, daß ein Staatsmann wie Robert Kennedy die Fackel, die dem unverlierbar jungen Präsidenten in Dallas entglitt, kühn weiterträgt, voran zur «neuen Grenze» ...

Peter Bloch, New York.

Das innenpolitische Fazit der ersten zwei Jahre der Regierung Johnson

Als Vizepräsident *Johnson* am 22. November 1963 durch die Ermordung Präsident *Kennedys* Präsident wurde, wurde über zwei bedeutsame Gesetzesvorschläge seines Vorgängers in beiden Häusern des Kongresses lebhaft debattiert. Kennedy hatte im zweiten Jahr seiner Regierung, die er am 20. Januar 1961 angetreten hatte, einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die *Gleichberechtigung der Schwarzen* viel entschiedener, als es bisher geschah, fördern sollte. Mit einer

Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer um 11 Mia Dollar sollten der Wirtschaft starke Impulse gegeben und die seit Jahren herrschende Arbeitslosigkeit, die nicht unter 5 Prozent des Bestandes der Arbeitskräfte herabging, gemindert werden in der Hoffnung, daß in einigen Jahren der Steuerausfall nicht nur hereingebracht, sondern einem erhöhten Steueraufkommen Platz machen würde. Die Annahme beider Gesetzesvorschläge sollte Kennedy nicht mehr erleben. Man kann seine Regierung als unvollendete Symphonie bezeichnen. Obwohl seit der Wahl des Kongresses im November 1962 – die Kongreßmitglieder werden alle zwei Jahre neu gewählt, von den Senatoren, die sechs Jahre im Amt bleiben, alle zwei Jahre ein Drittel, der Präsident für vier Jahre – das Verhältnis der Demokraten zu den Republikanern im Abgeordnetenhaus 257:178, im Senat 67:33 war, hatte Kennedy wenig Erfolg, für seine innenpolitischen Maßnahmen die nötige Mehrheit zu erlangen. Ein Fraktionszwang besteht in USA nicht. In vielen Fällen gehen die stark konservativen Demokraten der elf Südstaaten mit dem rechten Flügel der Republikaner zusammen, so daß man geradezu von einer Koalition gesprochen hat, die sich auch unter Kennedy als starke Bremse bei Förderung der Sozialpolitik und der Gleichberechtigung der Neger, gegen Steuerreformen, Einwanderungsgesetzgebung und auf manchen anderen Gebieten ausgewirkt hat. So sind als erfolgreiche innenpolitische Maßnahmen unter seiner Regierung nur wenige anzuführen. Gerade der Plan, dem er skeptisch gegenüberstand, die Schaffung des Peace Corps, ist zu seinem größten und von keiner Seite bestrittenen Erfolg geworden. An anderen Erfolgen sind zu erwähnen: die Erhöhung des Mindestlohns von einem auf 1.25 Dollar pro Arbeitsstunde, zweimalige Erhöhung der Gehälter der Bundesbediensteten, eine Erhöhung der Leistungen in der Sozialversicherung und Veteranenfürsorge. Abgelehnt wurde das große Schulförderungsprogramm, in das der Präsident die Konfessionsschulen aus verfassungsrechtlichen Gründen (Trennung von Staat und Kirche) nicht einbeziehen wollte, was den dem Projekt widerstrebenden Kreisen des Kongresses willkommenen Anlaß bot, den Plan abzulehnen. Die Hilfe für unterentwickelte Gebiete innerhalb der USA blieb ebenso wie die Umschulung von Arbeitslosen in den ersten Anfängen stecken. Ganz gescheitert ist die Einführung der Krankenversicherung wenigstens für die über 65 Jahre alten Personen, die Kennedy schon als Senator energisch unterstützt hatte. Bei den Widerständen im Kongreß schränkte er den Entwurf, den er als Präsident einbrachte, auf die durch Krankenhaus- und häusliche Pflege entstehenden Kosten ein, schloß also die Arztkosten aus; trotzdem hatte er keinen Erfolg. Auch das innenstaatliche Peace Corps kam nicht zustande, ebensowenig eine bessere Fürsorge für die Wanderarbeiter, ein Schließen der vielfachen Lücken, die die Arbeitslosenversicherung noch aufweist. Die Errichtung eines De-

partments for Urban Affairs (Ministerium für städtische Angelegenheiten, insbesondere für das Wohnungswesen) wurde ebenfalls abgelehnt.

Präsident Johnson gelang es schon im ersten Jahr seiner Regierung, das bisher weitestgehende Gesetz zur Gleichberechtigung der Schwarzen und die Senkung der Einkommens- und Körperschaftsteuer in zwei Jahresetappen durchzubringen. Als er im November 1964 mit 43 130 000 gegen 27 178 000 Stimmen einen überwältigenden Sieg über den Republikaner *Goldwater* errang, fanden sich bei den gleichzeitigen Wahlen zum Kongreß 295 demokratische Abgeordnete 140 republikanischen, im Senat 68 demokratische Senatoren 32 republikanischen gegenüber. Diese zwei Drittel überstehende Mehrheit der Demokraten sicherte dem Präsidenten nunmehr eine viel stärkere Grundlage im Kongreß, als sie *Kennedy* besessen hatte. Vor allem kann er sich auf die erstmals gewählten demokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses verlassen; von den 61 haben im Durchschnitt 58 für seine Gesetzesvorschläge gestimmt. Selbst die südstaatlichen Demokraten hat er fast zur Hälfte gewonnen, ein ganz ungewöhnlicher Vorgang in den Annalen der Demokratischen Partei. Der Koalition zwischen den südstaatlichen Demokraten und den rechtsstehenden Republikanern ist damit der Boden zwar noch nicht ganz entzogen, wie wir bei einigen abgelehnten Gesetzesentwürfen sehen werden, aber ihre hemmende Macht dürfte, soweit sich in der Politik Voraussagen machen lassen, auf längere Zeit ausgeschaltet sein.

Präsident *Johnson* hat durch seine langjährige Tätigkeit im Senat, in dem er viele Jahre als Vorsitzender der Demokratischen Partei auch mit dem republikanischen Präsidenten *Eisenhower* ausgezeichnet zusammengearbeitet hat, sich eine Virtuosität in der innenpolitischen Taktik angeeignet, wie sie in der amerikanischen Geschichte einzig dasteht. Vielfach wird seine zweijährige Regierungstätigkeit mit den berühmten 100 Tagen *F. D. Roosevelts* verglichen, der 1933 gleich nach Regierungsübernahme mit einer Fülle von Gesetzen die New Deal Aera – der Ausdruck stammt vom Kartenspiel, in dem er die Neuverteilung der Karten bezeichnet – einleitete, die angesichts der größten Wirtschaftskatastrophe, die die USA im Laufe ihrer Geschichte betroffen hatte, den Bund an viele ihm bisher verschlossene Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens heranführte, der Herrschaft des unbeschränkten Kapitalismus, des Laisser-faire in der Wirtschaft ein Ende setzte und den Weg zu einem modernen Sozialstaat einschlug. Manche Beurteiler in den USA sind der Auffassung, daß selbst Roosevelt nicht so viel erreicht habe als Johnson in den ersten zwei Jahren.

Da das Tempo in der Gesetzgebung im nächsten Jahr, das für die Kongreßmitglieder ein Wahljahr ist, gemäßigt werden wird, besteht Anlaß, auf das Erreichte zurückzublicken.

Steuersenkungen

Die schon von Kennedy eingeleitete, von Johnson durchgesetzte Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, die am 1. Januar 1964 in der ersten, am 1. Januar 1965 in der zweiten Etappe in Kraft getreten ist, hat die Erwartungen der Optimisten erfüllt: Bei der Aufwärtsbewegung der Wirtschaft werden die Steuereingänge bis Ende 1965 um 6,5 Mia Dollar höher sein als in den Jahren 1962 und 1963. Durch eine Senkung der vom Bund erhobenen Verbrauchssteuern um 1,75 Mia Dollar im Jahr 1965, um weitere 1,7 Mia im Jahr 1966 hat Johnson dieses Steuersenkungsprogramm fortgesetzt.

Negergesetzgebung

Auch Johnson und *Robert Kennedy*, der Bruder des Präsidenten, damals Leiter des Justizdepartements, hatten noch schwere Kämpfe zu bestehen, um die vom ermordeten Präsidenten eingebrachte *Civil Rights Bill* im August 1964 zur Annahme zu bringen. Seit der Sklavenemanzipation unter Präsident Abraham Lincoln, die 1862 den Negern die Freiheit gab, hat kein Gesetz so tiefgreifend in die Stellung der Neger eingegriffen. Er befaßt sich mit dem Wahlrecht, mit der Gleichberechtigung der Neger in «public accomodations», Räumlichkeiten, die für den Besuch der Oeffentlichkeit bestimmt sind, wie Hotels, Vergnügungsstätten, Theatern und Sportanlagen. Die verfassungsmäßigen Bedenken gegen diese Bestimmung hat der Oberste Gerichtshof schon im Dezember 1964 für unbegründet erklärt. Ein weiterer Titel regelt die Gleichstellung bei Benützung von Einrichtungen, die im Eigentum der Einzelstaaten oder öffentlicher Körperschaften stehen. Titel IV will die Integration der Negerkinder in den Schulen beschleunigen, die der Oberste Gerichtshof in den berühmten Entscheidungen der Jahre 1953/54 angeordnet hatte. Staaten, Gemeinden und Schulbezirke haben in Zukunft Kürzung oder Entzug der Bundeszuschüsse für die Schulen zu erwarten, wenn sie weiterhin die Eingliederung hinauszögern. Ob die Vorschriften gegen die Diskriminierung aus rassistischen Gründen durch Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitsvermittlungsstellen verfassungsmäßig haltbar sind, ist vom Obersten Gerichtshof noch nicht entschieden. Könnte man beispielsweise einen katholischen Arbeitgeber davon abhalten, nur Katholiken einzustellen? Daß man hier gewisse Bedenken hatte, zeigt das Unterlassen einer Vorschrift, daß etwa Neger in einem Ausmaß beschäftigt werden müssen, der ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (gegenwärtig etwas mehr als 10 Prozent) entspricht. Die Vorschrift tritt auch in zeitlichen Etappen in Kraft.

Als in einigen der Südstaaten, insbesondere in Alabama, die einzelstaatlichen Behörden der Registrierung der Neger in den Wahl-

listen alle möglichen Verwaltungsschikanen entgegensetzten und bei einem Protestmarsch ein weißer Geistlicher und eine weiße Frau, die mit den Negern sympathisierten, ermordet wurden, brachte Johnson die *Voting Rights Bill* ein, die nach monatelangen Debatten im August 1965 Gesetz wurde. Es werden dadurch die Bildungs- und Charaktertests, die bei Weißen und Schwarzen sehr ungleich gehandhabt worden waren, völlig abgeschafft, auch für die Wahlen zu den gesetzgebenden Gremien der Einzelstaaten und lokalen Körperschaften. In Staaten oder Teilen von ihnen, die bisher Bildungstests hatten und in denen 1964 weniger als die Hälfte der schwarzen Bevölkerung im wahlberechtigten Alter registriert war, werden Bundesprüfer eingestellt, die die Registrierung der Neger anstelle der einzelstaatlichen Beamten durchführen.

Der empörende Zustand, daß in den elf Südstaaten zusammen im Jahre 1964 nur 35,2 Prozent der wahlberechtigten Neger registriert waren, in den zwei negerfeindlichsten Staaten Mississippi und Alabama nur 6,6 und 18,7 Prozent, wird jetzt bald der Vergangenheit angehören.

Krankenversicherung

Den größten Erfolg, um den sich schon F. D. Roosevelt, später *Truman* und Kennedy vergeblich bemüht hatten, erzielte Johnson mit dem erstmaligen Einführen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Art und Weise, wie dieser Einbruch in die insbesondere von der Ärzteschaft zäh verteidigte Festung gelang, kann zwar den westeuropäischen Sozialpolitiker nicht befriedigen. Es wird für alle über 65 Jahre alten Personen ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit für einen beträchtlichen Teil der durch Krankenhaus- und häusliche Pflege entstehenden Kosten eine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt, die durch Erhöhung der Beiträge zur Altersversicherung finanziert wird. Der Werktätige, der für seine Familie zu sorgen hat und im Krankheitsfalle nichts erhält, unterstützt damit alte Personen, die sehr oft in der Lage wären, die Kosten einer Krankheit selbst zu tragen. Der Kongreß hat unerwarteterweise den Vorschlag der Regierung dahin erweitert, daß sich alte Personen gegen eine Zahlung von 3 Dollar monatlich auch für einen Teil der durch ärztliche Hilfe entstehenden Kosten versichern können.

Der Hauptvorteil der Regelung ist wohl darin zu erblicken, daß das Eis nunmehr gebrochen ist und der Weg zu einem allmählichen Ausbau einer weite Kreise umfassenden Krankenversicherung damit beschritten ist.

Gesundheitsfürsorge

Ein Fünfjahresprogramm sieht die Schaffung von 32 medizinischen Zentren mit 1,2 Mia Dollar Aufwand vor. Sie sollen die Ergebnisse der Forschung insbesondere in der Bekämpfung der Herz-,

Krebs- und Kreislauferkrankungen über das ganze Land verbreiten, schwierige Fälle an sich ziehen und die Aerzteschaft mit den neuesten Errungenschaften vertraut machen. Um dem Mangel an Aerzten abzuhelpen, werden Studenten der Medizin mit Stipendien und Darlehen über das allgemeine Maß hinaus bedacht. In einem Vierjahresprogramm sind 787,5 Mio Dollar hierfür und für die Errichtung neuer medizinischer Ausbildungsstätten vorgesehen. Sogar ausländische Studenten können als Darlehensnehmer zugelassen werden, wenn sie mit einem Einwanderungsvisum nach USA kommen und Gewähr bieten, daß sie ständige Einwohner, später Bürger der USA werden.

Der Kampf gegen die Armut

Der Präsident hat das Ziel seines Kampfes gegen die Armut, den er als eine seiner vorzüglichsten Aufgaben im Rahmen der ihm vor-schwebenden «Great Society» bezeichnet hat, wohl etwas weit gesteckt, als er jede Familie von zwei Kindern an mit einem jährlichen Bareinkommen unter 3000 Dollar als «arm» erklärte; das Einkommen sei zu niedrig, um die «basic needs» (dringenden Bedürfnisse) zu befriedigen. Bei dieser Grenzziehung wäre tatsächlich von je fünf Familien eine «arm»; aber wenn man den amerikanischen Maßstab in Europa anlegen würde, wäre auch bei Berücksichtigung der geringeren Kaufkraft des Dollars gegenüber west-europäischen Währungen selbst in England mehr als die Hälfte der Bevölkerung arm. Man muß insbesondere bei Landwirten auch das nicht bare Einkommen und den Wert der Wohnung im Eigenhaus ansetzen. Dadurch allein wäre bei der Grenze von 3000 Dollar nur noch eine von sieben Familien «arm». Bei einer Grenzziehung von 2500 Dollar Bareinkommen für eine Familie mit vier oder mehr Köpfen würde sich von je zehn Familien eine in «abject poverty» (erniedrigender Armut) befinden.

Die vielen Maßnahmen, die bisher zur Bekämpfung der Armut ergriffen worden sind, gehen vorzüglich an die Wurzeln der Armut heran, anstatt an ihren Symptomen herumzukurieren. Erhöht wurden zwar die an und für sich sehr hohen Renten der Veteranen und die nicht allzu hohen Sätze der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung, diese um durchschnittlich 7 Prozent; da sie aber seit 1958 nicht mehr gehoben wurden, entspricht die Steigerung nur ungefähr der seither eingetretenen Minderung der Kaufkraft des Dollars.

Als vornehmstes Ziel setzt man sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, die weit über dem Durchschnitt von ihr betroffen sind, und ihre bessere Ausbildung. «Unbegrenzte Horizonte» stehen nach einem Ausspruch von *Willard Wirtz*, dem früheren Leiter des Department of Health, Education and Welfare, den jungen Leuten offen, die etwas gelernt haben, während die, die

nichts oder zuwenig gelernt haben, «wirtschaftlichen Selbstmord» treiben. Ein Jugendkorps soll in Höhe von 100 000 Jugendlichen im zweiten Jahr des Programms in den zurückgebliebenen Gebieten der USA eingesetzt werden; 200 000 Jugendliche sollen für Arbeiten, in denen Bedarf an Arbeitskräften besteht, angelernt werden; 140 000 Jugendlichen soll zum College-Studium (nach Absolvierung der sechs Jahre umfassenden Volksschule und der sich anschließenden sechs Jahre High School, den ersten Klassen unserer Mittelschulen zu vergleichen) verholffen werden. Zur Umschulung von Arbeitslosen, die in ihrem früheren Beruf keine Aussicht mehr haben, wurden 150 Mio Dollar ausgesetzt.

Den zweiten Teil des Programms stellt eine Hilfe von etwas über 1 Mia Dollar für Appalachia dar, das elf Staaten ganz oder teilweise umfassende Notstandsgebiet im Zuge des Appalacheengebirges im Osten des Landes. Der größte Teil ist für den Straßenbau in schwer zugänglichen Gebieten bestimmt, die bei Erschließung Aussichten für den Fremdenverkehr bieten.

Erziehung und Unterricht

Den verfassungsmäßigen Bedenken, an denen Kennedys Schulförderungsprogramm gescheitert war, hat Johnson dadurch die Zähne ausgezogen, daß er Schüler der nichtöffentlichen, also insbesondere der religiösen Schulen, in einem Share- (Teilungs-)System an den Segnungen der Bundeshilfe indirekt teilnehmen lassen will. Fächer, die für eine Erziehung auf religiöser Grundlage nicht im Vordergrund stehen, wie Mathematik, Geographie, Technik, sollen vom Lehrplan der nichtöffentlichen Schulen herausgenommen, die Schüler für diese Fächer den öffentlichen Schulen zugewiesen werden. Auch die Zuweisung von Schulbüchern, die Beförderung der Schüler mit Schulbussen und ähnliche Einrichtungen sind mit dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat wohl noch zu vereinbaren.

Um den Stand des Schulwesens, der insbesondere in den ärmeren Staaten viel zu wünschen übrigläßt, zu heben, hat der Kongreß für das Haushaltjahr 1966 (1. Juli 1965 bis 30. Juni 1966) allein für die Elementary und High Schools (1. bis 12. Schuljahr) 1,3 Mia Dollar bewilligt. Für die Verteilung auf die Staaten wird die Zahl der Familien zugrunde gelegt, deren Jahreseinkommen unter 2000 Dollar liegt. Jeder Staat erhält für jedes Kind aus solchen Familien, die eine der beiden Schularten besuchen, die Hälfte dessen, was im staatlichen Durchschnitt für das einzelne Kind bisher aufgewendet wurde. Mit einer weiteren Hilfe von 1,06 Mia Dollar sollen Schulgebäude errichtet und verbessert, die Zahl der Lehrer vermehrt, ihre Gehälter erhöht werden. Insbesondere will man die Zahl der Schulen, in denen nur eine Lehrkraft vorhanden ist – gegen-

wärtig etwa 12 000 insbesondere in den menschenleeren Staaten der Rocky Mountains –, verringern.

Da durch die weit vorgeschrittene Automation vor allem die ungelernten Arbeiter betroffen worden sind, infolgedessen unter ihnen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, wird großes Gewicht auf Fortsetzung des Studiums über die Grenze des Schulpflichtalters (das 16., in einigen Staaten das 17. oder 18. Lebensjahr) gelegt. Für die «higher education» (Colleges und Universitäten) gibt der Bund Stipendien und Verdienstmöglichkeiten neben dem Studium sowie Darlehen, die nach Beendigung des Studiums ratenweise zurückzuzahlen sind. 2,6 Mia Dollar sollen für eine Dreijahresperiode aufgewendet werden, davon 840 Mio Dollar im laufenden Haushaltjahr.

Städtische Angelegenheiten und Wohnungswesen

Als 11. Department (Bundesministerium) wurde das Department of Housing and Urban Development (Wohnungs- und städtische Angelegenheiten) errichtet. Man erwartet wohl mit Recht, daß es einen höchst bedeutsamen Wirkungskreis entwickeln wird.

Ein neues Wohnungsgesetz sieht für vier Jahre einen Betrag von 7,8 Mia Dollar vor, das eine Reihe von Projekten umschließt. Zur allmählichen Beseitigung der Slums der Großstädte, die dem Besucher der USA das abstoßendste Bild bieten, werden 2,9 Mia Dollar angesetzt. Im sozialen Wohnungsbau werden 60 000 Wohnungseinheiten im laufenden Jahr errichtet. Bundeshilfe wird auch für Parkanlagen und Erholungsstätten gewährt. Bei der erschreckend zunehmenden Kriminalität werden Bundesmittel auch für Verstärkung der städtischen Polizei und Bekämpfung des Verbrechertums gegeben.

Die Landwirtschaft

Um das bisher ungelöste Problem des ständigen Ueberschusses an landwirtschaftlicher Produktion, das durch Ausfuhr nur unzulänglich zu lösen ist, zu mildern, will man das Schwergewicht von der bisherigen Preisstützung durch Bundesmittel und durch Uebernahme der auf dem freien Markt nicht verkäuflichen landwirtschaftlichen Produkte auf stärkere Beeinflussung des Ausmaßes der Anbauflächen legen. Es ist allerdings keine ideale Lösung, wenn man dem Farmer dafür, daß er einen Teil seiner Fläche aus der Produktion herausnimmt, also Arbeit unterläßt, geldliche Unterstützung gewährt.

Wasserwirtschaft

Die Verschmutzung der Seen und Flüsse und der immer fühlbarer werdende Wassermangel sind auch in den USA Probleme, die einer durchgreifenden Lösung harren. Die Kosten werden für das ganze Land von Sachverständigen auf 50 Mia Dollar geschätzt. Es ist nur

ein bescheidener Anfang, wenn der Kongreß 2 Mia Dollar für größere Flüsse und Häfen in 41 Staaten vorgesehen hat. Auch die Verpestung der Luft durch Auspuffgase gehört zu den großen Aufgaben, die noch ungelöst sind. Die Entsalzung des Meerwassers ist erst von einigen Städten in Angriff genommen worden. So will Los Angeles mit 300 Mio Dollar eine Anlage errichten, die im Jahre 1970 täglich 150 Mio Gallonen (eine Gallon = 3,785 Liter) Meerwasser entsalzt und damit den Wasserbedarf von 750 000 Menschen deckt. New York will mit 500 Mio Dollar die Grundlage für die Umwandlung von täglich 250 Mio Gallonen schaffen. Technisch ist das Problem gelöst, aber wirtschaftlich erst, wenn es gelingt, den Preis von gegenwärtig 1 Dollar für die Umwandlung von 1000 Gallonen in Trinkwasser um mehr als die Hälfte zu reduzieren; gegenwärtig kommt dem Normalverbraucher die Gallone natürlichen Wassers auf 25 bis 40 Cent zu stehen. Man hofft, bis 1970 diesen Preis erreichen zu können.

Verschönerung des Landschaftsbildes

Die großen Autostraßen mit den vielen Friedhöfen gebrauchter Autos, deren Verschrottung unwirtschaftlich geworden ist, bieten ein häßliches Bild. Die Highway Beautification Bill (Hochstraßen-Verschönerungs-Gesetz) hat den Zweck, die Reklame zu beschränken und von der unmittelbaren Nähe der Autostraßen abzurücken. Für die Beseitigung der Autofriedhöfe hat sich noch keine Lösung ergeben.

Eisenbahnen

Die Eisenbahnen sind in den USA durchwegs in privaten Händen. Zum erstenmal beteiligt sich der Bund finanziell am Bau einer Schnellbahn, die zunächst Washington mit New York verbinden, später bis Boston erweitert werden soll. Für den Massenverkehr der Commuters (Pendler), die in der Umgebung der Großstädte wohnen und den Verkehr morgens und abends zum Erliegen bringen würden, wenn sie alle das Auto benützen würden, sollen Bundesmittel eingesetzt werden.

Einwanderung

Ein neues Gesetz verläßt das bisherige Quotensystem von 1924, das die Zahl der neu zugelassenen Einwanderer nach dem Verhältnis, in dem damals die Bewohner der USA aus den verschiedenen Ländern zueinander standen, festlegte. Damit waren hauptsächlich die Einwanderer aus dem nordwestlichen und mittleren Europa, Briten, Deutsche und Skandinavier bevorzugt. Nunmehr werden die Einwanderungsquoten vor allem für Südeuropa und Japan verbessert, die Zusammenführung von Familien erleichtert und qualifizierten Arbeitskräften den Vorzug gegeben.

Kulturelle Förderung

Das amerikanische Volk ist grundsätzlich abgeneigt, Schauspieltheater, Opernhäuser, Orchester, Ballette usw. aus Steuereinnahmen zu finanzieren, mögen diese aus bundesstaatlicher, einzelstaatlicher oder lokaler Quelle stammen. Der Grund hierfür hat weder mit Banausentum in kulturellen Dingen, das man bisweilen den Amerikanern sehr zu Unrecht vorwirft, noch mit einem Mangel an Generosität, die Amerika auf so vielen anderen Gebieten immer wieder unter Beweis stellt, zu tun. Ein Hauptgrundsatz des amerikanischen Denkens ist, daß irgendein Mittel, das geeignet ist, die öffentliche Meinung zu formen oder Einfluß auf sie zu gewähren, nicht von der Regierung gesteuert werden darf. Daher sind die wirksamsten Propagandamittel, wie Theater, Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse, frei von jedem staatlichen Einfluß.

Es war daher eine höchst bedeutsame Wandlung, als Präsident *Johnson* am 29. September 1965 ein Gesetz unterzeichnete, das zum ersten Male eine Bundeshilfe in der allerdings bescheidene Höhe von 21 Mio Dollar zur Gründung einer «National Foundation on the Arts and Humanities» unterzeichnete. Die «Great Culture» wurde damit in das Programm der Great Society aufgenommen. Geplant sind die Gründung eines nationalen Schauspiels, einer nationalen Oper und eines nationalen Balletts, eines Filminstituts zur Heranbildung von Kräften, die sich dem Film widmen wollen, Aufträge an amerikanischen Komponisten, Unterstützung von Sinfonieorchestern. Der Abgeordnete *John Lindsay* hat sich bisher, allerdings ohne Erfolg, im Kongreß für Bundesunterstützung an künstlerische Unternehmen eingesetzt. Da er jetzt zum Bürgermeister von New York gewählt worden ist, wird die größte Stadt des Landes in ihm einen mächtigen Förderer kultureller Bestrebungen finden. Es bleibt wie bei Einführung der Krankenversicherung für die über 65 Jahre alten Personen abzuwarten, ob aus diesen Anfängen eine grundsätzliche Wandlung der bisherigen Einstellung hervorgehen wird.

Gescheiterte Pläne

Trotz der überwältigenden Mehrheit, über die die demokratische Partei in beiden Häusern des Kongresses verfügt, zeigt sich an einigen gescheiterten Gesetzesentwürfen, daß sich auch Präsident *Johnson* nicht immer auf seine Partei verlassen kann und daß bisweilen die Koalition zwischen den Demokraten der elf Südstaaten und dem rechten Flügel der Republikaner auch heute noch wirksam ist.

Selbstverwaltung für den District of Columbia

Der Vorschlag des Präsidenten, dem District of Columbia, in dem die Bundesregierung ihren Sitz hat, «home rule», das heißt Selbst-

verwaltung, zu geben, fand keine Mehrheit im Kongreß, in erster Linie aus der Befürchtung, daß der Distrikt, der etwa zu 60 Prozent von Negern bewohnt ist, einen von Negern beherrschten Stadtrat und einen schwarzen Bürgermeister erhalten würde. Der District of Columbia wurde 1790, als der Sitz der Regierung von New York zunächst nach Philadelphia verlegt wurde, aus den Staaten Maryland und Virginia ausgespart. Die Bürger von Washington, wohin der Sitz einige Jahre später verlegt wurde, haben bis heute kein Recht, Abgeordnete und Senatoren oder eine Körperschaft zur Verwaltung der Stadt, die dem Kongreß und dem Präsidenten obliegt, zu wählen. Dieser erwählt zur Verwaltung drei Kommissare. Erst 1960 erhielten die Bürger des Distrikts das Wahlrecht für die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten. Bei der letzten Volkszählung von 1960 hatte der Distrikt 763 956 Einwohner, die Metropolitan Aera Washington, die sich weit in die umgebenden Staaten Maryland und Virginia ausdehnt, zählte mit dem Distrikt zusammen 2 001 897 Einwohner. Da die weiße Bevölkerung den Distrikt infolge des Ueberhandnehmens der Neger in zunehmendem Maße verläßt, um in die Vorstädte der Umgebung zu ziehen, ergibt sich der eigenartige Zustand, daß die Hauptstadt des Landes in wenigen Jahren zu zwei Dritteln von Negern bewohnt sein wird, womit sie weitaus den höchsten Prozentsatz unter allen amerikanischen Städten aufweist. So ist kaum anzunehmen, daß beim Kongreß die Neigung, dem Antrag des Präsidenten stattzugeben, wachsen wird.

Mietbeihilfen

Kurz bevor der Kongreß im Oktober 1965 auseinander ging, wurde ein Gesetzesvorschlag, der Mietbeihilfen für Familien vorsah, die bei bestimmten Einkommensgrenzen mehr als 25 Prozent ihres Einkommens für Mieten aufwenden müssen. Auch hier mag die Erwägung leitend gewesen sein, daß mancher Neger in teurere Wohnungen ziehen würden und damit die Grenze, die im Wohnungswesen nicht nur im Süden zwischen Weißen und Schwarzen noch scharf gezogen ist, verwischt würde.

Widerruf der einzelstaatlichen Right-to-Work-Gesetze

Der Taft-Hartley Act von 1947, der zum ersten Male die Macht der unter dem New Deal emporgestiegenen Gewerkschaften eindämmte, verbot den Closed Shop, wonach in Tarifverträgen die Klausel aufgenommen werden konnte, daß nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden dürfen. Er ließ aber weiterhin den Union Shop zu, wonach in Tarifverträgen festgelegt werden darf, daß der Arbeitgeber zwar frei in der Auswahl der Arbeitnehmer ist, diese jedoch in einer bestimmten Frist, meist von 30 Tagen,

der Gewerkschaft beitreten müssen, widrigenfalls die Gewerkschaft die Entlassung verlangen kann. Zugleich wurden die Einzelstaaten ermächtigt, den Union Shop durch ein einzelstaatliches Right-to-Work-(Recht-zur-Arbeit-)Gesetz zu verbieten. 19 Staaten haben bisher solche Gesetze erlassen, vorwiegend im konservativen Südosten, aber auch von Texas hinauf nach North Dakota und in den Rocky Mountains. Die Rückgängigmachung dieser Bestimmung ist ein Hauptziel der Gewerkschaften, da sie dadurch in den 19 Staaten ihre frühere Macht wiedererlangen würde.

Präsident Johnson, der im letzten Wahlkampf zwar keineswegs auf die Gewerkschaften allein angewiesen war, ihnen aber für das gewaltige Ausmaß seines Sieges zu Dank verpflichtet ist, hat seine schon ins Wahlprogramm von 1964 aufgenommene Zusage, sich für die Aufhebung der einzelstaatlichen Right-to-Work-Gesetze einzusetzen, eingelöst, fand aber im Kongreß keinen Widerhall.

Mindestlöhne

Das gleiche ereignete sich bei seiner Zusage an die Gewerkschaften, den Mindestlohn von $1\frac{1}{4}$ auf $1\frac{3}{4}$ Dollar zu erhöhen. Das nach wie vor bestehende Passivum in der Zahlungsbilanz und die Arbeitslosigkeit, die zwar seit Frühjahr unter 5 Prozent des Bestandes der Arbeitskräfte gesunken ist, sich aber immer noch über die Grenze von 4 Prozent bewegt, haben in den Kreisen der Wirtschaft und bei vielen Kongreßmitgliedern Bedenken erregt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft weiterhin durch Erhöhung der Löhne, die sich weit über denen aller anderen Länder bewegen, zu schwächen. Aus gleichem Grund wurde auch der Vorschlag abgelehnt, die Ueberzeit bei über 40 Wochenstunden mit 100 statt mit 50 Prozent des normalen Arbeitslohns zu vergüten.

Ausblick

Der Kongreß hat für das Jahr 1965 seine Tätigkeit im Oktober abgeschlossen und wird erst im Januar 1966 wieder zusammentreten. Da dieses Jahr Wahljahr für den Kongreß (nicht auch für den Präsidenten) ist, wird erfahrungsgemäß im kommenden Jahr die Gesetzgebung in langsameren Schritt verfallen. Durch die Erkrankung des Präsidenten, die eine längere Erholung zu erfordern scheint, als er selbst angenommen hat, wird auch von seiten des Weißen Hauses in nächster Zeit ein gewisses Nachlassen der Initiative zu erwarten sein. Schließlich müssen die vielen Gesetze, die bis jetzt erlassen wurden, in die Praxis umgesetzt werden.

Aber selbst wenn es im bisherigen Tempo nicht weitergeht, steht fest, daß die USA in den ersten zwei Jahren der Regierung Johnson gewaltige Schritte in Richtung zum modernen Wohlfahrtsstaat ge-

macht haben, die den Abstand zu den westeuropäischen Industriestaaten bedeutsam verringert haben. In manchen Punkten sind diese schon übertroffen worden. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß trotz aller Klage über drohende Sozialisierung, Einschränkung der Initiative des Unternehmertums, Eindringen des Bundes in die Zuständigkeiten der Einzelstaaten und der Körperschaften dieser Weg weiter beschritten werden wird.

Einschränkungen und Verzögerungen könnten sich am ehesten von der finanziellen Seite her ergeben. Nach wie vor ist die Zahlungsbilanz (nicht auch die Handelsbilanz) in Höhe von etwa 3 Mia Dollar jährlich passiv, die Bundesschuld hat die phantastische Höhe von etwa 320 Mia Dollar erreicht, und die Voranschläge im Bundeshaushalt, die für das Haushaltjahr 1966 (1. Juli 1965 bis 30. Juni 1966) in den Ausgaben im administrativen Teil mit 99,7 Mia, bei den Trusts Funds (Sozialversicherung, Pensionen, Straßenbau) mit 32,9 Mia vorgesehen waren, werden beträchtlich überschritten werden. Bei den gleichen Sorgen, die wir in kleinerem Maßstab auch in den meisten westeuropäischen Ländern haben, können wir uns trösten, daß wir auf der anderen Seite des Atlantiks Leidensgenossen haben und daß auch in den USA die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Dr. Robert Adam, München

Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung in der Schweiz und in den USA

Die schweizerische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) hat vielfache Anknüpfungspunkte mit anderen Sozialversicherungen. Im Verhältnis zu staatlichen Versicherungen, die auf ein Alter von 50 bis 60 Jahren zurückgehen, ist sie verhältnismäßig jung. Sie ist am 1. Januar 1948 in Kraft getreten und seither sechsmal materiell revidiert worden, außerdem mußte sie an die auf 1. Januar 1960 in Kraft getretene Invalidenversicherung (IV) angepaßt werden.

Die schweizerische AHV ist, wie auch andere Sozialversicherungen, staatlich, erstreckt sich aber im Gegensatz zu anderen Versicherungen auf das ganze Volk, während zum Beispiel die amerikanische nur gewisse Klassen umfaßt. Immerhin wurden auch auf diesem Gebiet in den letzten Jahren in den USA Fortschritte gemacht. Als Ausnahmen von der Unterstellung sind in den USA die im Haushalt tätigen Personen, welche nicht als Arbeitnehmer angestellt sind, sowie die für ihren Mann arbeitende Ehefrau zu erwähnen. Ferner sind in den USA die Landwirte mit einem Einkommen unter 400 Dollar jährlich befreit; sie können sich aber